

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK NIEDERSACHSEN 1 | 2021

POSITIONEN

EINE WELT IN NIEDERSACHSEN



Wir wählen unsere Zukunft!

SDGs und die Wahl(en) 2021

Junges Engagement

Beteiligungsmöglichkeiten

Liebe Leser*innen,



Über ein Jahr Corona-Pandemie zeigt uns, wie sehr die Logiken unserer Welt auf den Kopf gestellt wurden, wir uns voneinander isoliert haben, näher zusammengerückt sind und insbesondere stärker den Blick auf uns selbst geworfen haben. Dieser Blick auf uns selbst war sicherlich zunächst notwendig. Dennoch sind dadurch viele globale aktuelle Herausforderungen in den Hintergrund und aus dem Blick geraten. Sie sind ebenso existent wie vor der Krise und wie es uns die Pandemie deutlich gezeigt hat, ist globales Denken und Handeln mehr denn je erforderlich, um jegliche Art von Krisen zu meistern und tragfähige Lösungen für unsere Zukunft zu entwickeln.



Globale Herausforderungen, wie die Klimakrise, flüchtende Menschen, globale Machtstrukturen und Ungerechtigkeiten, wie die globale Impfungerechtigkeit: Der Blick nach außen und auf die weltweiten Herausforderungen über die Inzidenzzahlen hinaus ist dringend geboten. Die Krise hat gezeigt, wenn Staaten willens sind, Probleme zu lösen, dann treffen sie Entscheidungen und stellen finanzielle Mittel zur Verfügung.

Wer hätte sich vor der Pandemie träumen lassen, dass es möglich sein würde, das wirtschaftliche und soziale Leben über mehrere Monate hinweg fast komplett still zu legen? Wer hätte sich eine solch drastische Reduzierung des Flugverkehrs vorstellen können? Wer Ausgangssperren und menschenleere Straßen?

Das altbekannte Sprichwort „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ hat sich bewahrheitet und gezeigt, dass vieles möglich ist, was sich niemand von uns vorher hätte vorstellen können.

Dieses Sprichwort sollte uns als Motor für die anstehenden globalen Herausforderungen antreiben, die uns auch vor der Pandemie bewegt haben. Vieles ist denkbar und veränderbar. Eine andere Welt ist möglich.

2021 - ein entscheidendes Jahr: im September stehen die Bundstagswahl und die niedersächsischen Kommunalwahlen an. Damit werden die Weichen für die Politik der nächsten Jahre und der Zukunft unseres Zusammenlebens auf diesem Planeten gestellt. Unser Heft fasst viele Standpunkte und Forderungen der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft auf, wobei wir bewusst den Blick auf junge Menschen gerichtet haben. Sie bereichern unsere Ausgabe mit ihren Sichtweisen und Perspektiven und fordern uns auf, uns in den kommenden Wahlen mit unseren Forderungen einzubringen und uns für ein gerechtes, diskriminierungsfreies, solidarisches Miteinander und den Erhalt unseres Planeten einzusetzen.

Neben den Wahlen steht 2021 aber auch für 30 Jahre aktive Eine Welt – Arbeit in Niedersachsen unter dem Dach des VEN. 1991 wurde der VEN gegründet und auf der ersten Landeskonferenz hing ein großes Banner, das heute nach wie vor aktuell ist: „Hilfsprojekte können Not lindern. Ungerechtigkeit beseitigen, kann nur eine andere Politik.“ Wir alle sind es, die unsere Zukunft mitgestalten.

Eine anregende Lektüre wünschen

Katrin Beckedorf
Geschäftsführung

Barthel Pester
Vorstandsmitglied

POSITIONEN

»ven VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN e.V.

e Niedersachsen **entwickeln**
für Eine Welt

Herausgeber Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V., Hausmannstr. 9 - 10, 30159 Hannover, Tel. 0511-391650, info@ven-nds.de, www.ven-nds.de **Redaktion** Katrin Beckedorf (verantwortlich) **Redaktionsteam** Lucie Bähre, Tabea Härdrich, Annika Härtel, Juliane Jesse, Nane Meents, Lea Pohl **Bilder** S. 1 24zwoelf.de; S. 4 Dominik Lack; S. 6 Rat für Nachhaltige Entwicklung, Inga Haar; S. 13 Getty Images - andrej67; S. 14 Sandra Doneck; ; S. 16 privat; S. 18 / 19 Peer-Leader-International; S. 21 VENRO; Autoren- und Interviewbilder: Privat **Grafik** 24zwoelf.de **Druck** wirmachen-druck GmbH, Backnang (Klimaneutral auf Recyclingpapier) **Auflage** 750 **Hannover** Juni 2021

Eine größere Stückzahl der POSITIONEN kann gegen Übernahme der Portokosten in der VEN Geschäftsstelle bestellt werden.

Gefördert durch das Land Niedersachsen.

Die veröffentlichende Organisation ist als Herausgeberin für den Inhalt allein verantwortlich und spiegelt nicht die Ansichten des Förderers wieder.



KLIMAWAHL

4 Eine andere Welt ist möglich

Michael Nagel und Nika Sieblich,
Fridays for Future Hannover

BUNDESTAGSWAHL

6 3 Parteien. 3 Abgeordnete. 3 Interviews.

Gespräch mit drei Bundestagsabgeordneten

EINE WELT-PROMOTOR*INNEN

8 Was machen eigentlich die Promos zu den Wahlen?

ZIVILGESELLSCHAFT

6 Forderungen und Statements

KLIMABEWEGTES ENGAGEMENT

14 Für Klimagerechtigkeit kämpfen: Auch in den Parlamenten

Gespräch mit Charlotte Clement,
Klimagerechtigkeitsbewegung Lüneburg

ANTIRASSISMUS

16 Deutschland muss dekolonialisiert werden

Bündnis gegen Geschichtsfälschung
und Göttingen Postkolonial

PRAXISTIPP

18 Junge Menschen gestalten „Stadt, Land, Future!“

Harald Kleem, Peer-Leader-International

FORDERN UND MITMACHEN

20 VENRO. agl. VEN. Positionen und Aktionen

MITMACH-AKTIONEN

22 Wahl(en) 2021: Was kann ich tun?

VEN-AKTIONEN

23 SpeakUp!-Tour und Landeskonferenz 2021



Eine andere Welt ist möglich

Michael Nagel und Nika Sieblich,
Fridays for Future Hannover

In den vergangenen Monaten hat die Corona-Krise uns allen deutlich vor Augen geführt, wie wichtig es ist, Krisen ernst zu nehmen und frühzeitig zu bekämpfen. Diese Erkenntnis gilt nicht nur für weltweite Pandemien. Die menschengemachte globale Erwärmung ist längst zu einer Klimakrise geworden, die dringendes Handeln erfordert. Das ist nicht nur eine Frage des Umweltschutzes, sondern eine fundamentale Gerechtigkeitsfrage. Die Klimakrise zeigt, ähnlich wie die Corona-Krise, bestehende Ungleichverhältnisse auf und verstärkt diese.

Die diesjährigen Wahlen können gemeinsam mit zivilgesellschaftlichem Engagement richtungsweisend für die Bekämpfung globaler Krisen sein.



Die Zeit drängt

Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise und ihrer Folgen werden schon seit vielen Jahren blockiert oder nur halbherzig umgesetzt. Weder die 2015 beschlossenen Sustainable Development Goals, noch das kurz darauf verabschiedete Pariser Klimaabkommen wurden bisher ernst genommen. Von einer nachhaltigen Welt sind wir weit entfernt.

Drei Dürresommer in Folge in Deutschland, Waldbrände in den USA, Australien oder dem Amazonasgebiet und Zyklone in Mosambik zeigen, dass die Klimakrise längst da ist. Die Erde hat sich bereits um 1,2°C erwärmt. Und sollte das in Paris beschlossene 1,5°C-Ziel nicht eingehalten werden, werden die Auswirkungen der Klimakrise noch deutlich verheerender sein, als sie es heute schon sind. Das geht beispielsweise aus dem IPCC-Sonderbericht von 2018 hervor.

Dabei wird die Zeit, um dieses Ziel noch zu erreichen, immer knapper, denn es verbleibt nur noch ein geringes CO₂-Budget von etwa 280Gt. Bei den aktuellen Emissionen wird dieses Budget laut Mercator-Institut in 6,5 Jahren aufgebraucht sein. Mit jeder Tonne CO₂, die ausgestoßen wird, steigt darüber hinaus die Wahrscheinlichkeit, unumkehrbare Kippelemente im Erdsystem auszulösen. Weder die Maßnahmen, noch die Ziele der Bundesregierung reichen aktuell auch nur annähernd aus, damit Deutschland seinen Anteil zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze leisten kann. Um seiner globalen Verantwortung gerecht zu werden, muss Deutschland spätestens 2035 klimaneutral werden. Das ist ambitioniert, aber machbar, wie das Wuppertal Institut Ende 2020 in einer Studie gezeigt hat. Wir brauchen eine Politik, die Klimaschutz nicht nur als Worthülse verwendet, sondern die Klimakrise als größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts anerkennt und dementsprechend handelt.

Deutschland hat eine globale Verantwortung

Wir leben in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Mensch und Natur zur Maximierung von Profiten basiert und dabei die planetaren Grenzen nicht beachtet. Deutschland spielt eine zentrale Rolle in der Klimakrise. Nicht nur, dass es im Verhältnis zur Bevölkerung einen sehr hohen CO₂-Ausstoß hat, auch historisch hat Deutschland die Klimakrise enorm befördert. Im Zuge des Kolonialismus hat es dazu beigetragen, die Ausbeutung von Mensch und Natur in die Welt zu tragen und anderen Erdteilen diese Wirtschaftsweise aufzuzwingen. Die so entstandenen kolonialen Strukturen wirken auch heute noch und so sind es vor allem die Menschen im Globalen Süden, die am meisten unter den Folgen der Klimakrise leiden. In vielen Regionen der Erde, den so genannten MAPA (Most Affected People and Areas) erleben die Menschen schon heute die Auswirkungen der Klimakrise in dramatischer Weise. Dürren, Überschwemmungen und extreme Wetterlagen bedrohen das Leben vieler Menschen. Das Internal Displacement Monitoring Center schätzt, dass jedes Jahr ca. 25 Mio. Menschen aufgrund von Naturkatastrophen gezwungen sind, ihr Zuhause zu verlassen.

Neben globalen Machtverhältnisse wirken in der Klimakrise auch Geschlechterverhältnisse. FINTA (Frauen, Inter-, Nicht-Binäre, Trans- und Agender-Personen) sind in höherem Ausmaß von

der Klimakrise betroffen, weil sie beispielsweise deutlich stärker unter Naturkatastrophen leiden. Umweltzerstörung und geschlechtsbezogene Gewalt hängen in vielen Punkten miteinander zusammen.

Als Klimagerechtigkeitsbewegung stellt sich Fridays for Future an die Seite der Menschen, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind und kämpft gemeinsam mit Aktivist*innen im Globalen Süden für eine klimagerechte Welt. „Klimagerechtigkeit bedeutet, auf die Wissenschaft zu hören und auf die Menschen, die am meisten betroffen sind“, wie es die Aktivistin Mitzi Jonelle Tan von den Philippinen ausdrückt.

Derartige globale Krisen zu überwinden ist nur möglich, wenn all ihre Dimensionen mitgedacht werden. Für eine gerechte und lebenswerte Welt für alle braucht es eine sozial-ökologische Transformation, in der rassistische, koloniale, patriarchale und andere unterdrückende Strukturen überwunden sind.

Für einen Wandel braucht es den Druck von der Straße

Die kommenden Wahlen im September werden mit darüber entscheiden, ob die Klimakatastrophe noch verhindert werden kann. Für uns steht fest: Wer regieren will braucht einen Plan zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze. Bisher findet sich ein solcher Plan bei keiner Partei! Deshalb müssen wir die kommenden Wahlen zu Klimawahlen machen. Dabei sind sowohl die Bundestagswahlen als auch die niedersächsischen Kommunalwahlen entscheidend. Denn eine derart große Herausforderung kann nur gemeistert werden, wenn alle Ebenen ihren Beitrag leisten.

Doch keine Regierung allein kann den anstehenden Herausforderungen gerecht werden. Um die multidimensionalen Krisen zu bewältigen, brauchen wir weiterhin die Solidarität und das Engagement aller Teile der Gesellschaft. Wir brauchen den Druck von der Straße, damit sich wirklich etwas bewegt. Dieser Druck können wir alle sein. Als Bewegung, die an der Basis vor allem von jungen Menschen getragen wird, erhält Fridays for Future längst breite Unterstützung von Parents, Grandparents, Scientists und vielen anderen for Future - Gruppen. Es reicht nicht, wenn junge Menschen allein demonstrieren - Es braucht so viele aktive Menschen wie möglich. 2021 haben wir die Chance einen echten Wandel anzustoßen. Jeder Protest und jede Wahlentscheidung kann etwas bewirken. Eine andere Welt ist möglich.



Michael Nagel hat Sozial- und Bildungswissenschaften studiert, **Nika Sieblich** ist Schülerin.



Beide setzen sich für Klimagerechtigkeit und Intersektionalität ein und sind aktiv in der Ortsgruppe von Fridays for Future Hannover.

3 Parteien. 3 Abgeordnete. 3 Interviews.

Anabel García und Sadiah Meiselbach im Gespräch mit drei Bundestagsabgeordneten

Die diesjährige Bundestagswahl wird ohne Zweifel im Lichte der noch immer andauernden Corona-Pandemie stehen. Eine Krise erfordert jedoch auch nach vorne zu schauen, gemeinsam für eine bessere Zukunft zu planen und unser Leben solidarisch und global zu denken. Was also bedeutet das Wahljahr 2021 für die deutsche Entwicklungspolitik? Wir haben uns in Deutschlands politischer Landschaft umgehört und bei den größten Parteien nachgefragt.



Dr. Maria Flachsbarth (CDU) ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und war von 2013 bis 2018 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft. Seit 2018 ist sie Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Dr. Matthias Miersch (SPD) ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Tourismus.

Filiz Polat (Bündnis 90/Die Grünen) ist seit 2017 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Dort ist sie Obfrau im Innenausschuss, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie Fraktionssprecherin für Migration und Integration.

Welche SDGs sind für Sie und Ihre Partei in Bezug auf die Bundestagswahl 2021 besonders bedeutsam?

Dr. Maria Flachsbarth Alle SDGs sind gleichrangig und voneinander abhängig, daher ist es nicht sinnvoll, einzelne SDGs hervorzuheben. Vielmehr ist es wichtig, dass wir uns bewusst werden, wie einzelne SDGs zusammenhängen, z.B. intakte Ökosysteme und die Gesundheit der Menschen. Wenn wir das nicht berücksichtigen, kommt es zu Entwicklungen wie dem Corona-Virus, das vom Tier auf den Menschen übersprungen ist.

Dr. Matthias Miersch In unserem Zukunftsprogramm schreiben wir gleich am Anfang: „Wir richten unsere Politik an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen aus und werden dazu die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln.“ Als Sozialdemokraten fühlen wir uns den Zielen der Armutsbekämpfung, Beendigung des Hungers weltweit, Geschlechtergerechtigkeit, Klimaschutz, hochwertiger Bildung sowie menschenwürdiger Arbeit besonders verpflichtet. Es war die SPD, die gegen massiven Widerstand das Lieferkettengesetz erkämpft hat.

Filiz Polat Wir müssen alle 17 Ziele im Blick haben. Natürlich wird Ziel 13, den Klimaschutz weltweit voranzutreiben, immer wichtiger – für manche Regionen sogar überlebenswichtig. Dabei

spielt das Ziel 17, die Globale Partnerschaft, eine entscheidende Rolle. Kriege, Konflikte, Hungersnöte und die Klimakrise wirken über Grenzen hinweg. Ihre Auswirkungen sind global und lassen sich nur kooperativ auf internationaler Ebene lösen.

Was bedeutet die anstehende Wahl Ihrer Meinung nach für die internationale Zusammenarbeit?

Dr. Maria Flachsbarth Globale Themen wie die Corona-Pandemie und der Klimawandel beherrschen zurzeit die öffentliche Debatte. Die Frage welchen Beitrag Deutschland zur Lösung dieser Probleme beitragen kann, wird sicherlich auch ein wichtiges Thema im anstehenden Wahlkampf werden.

Dr. Matthias Miersch Die Wahl wird entscheiden, ob weiterhin globale Gerechtigkeit und internationale Zusammenarbeit im politischen Fokus stehen. Zentral ist für mich, dass nicht nur allgemein über nachhaltige Entwicklung gesprochen wird, sondern dass das Thema der nachhaltigen Entwicklung immer wieder konkret auf die Tagespolitik zurückgeführt werden muss und die Finanzierung sichergestellt ist. Unter Olaf Scholz sind die Gelder für den Haushalt für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung so schnell angestiegen wie noch nie.

Filiz Polat Wir GRÜNE sehen Deutschland und Europa in der Pflicht, mehr Verantwortung in einer solidarischen Weltordnung zu übernehmen. Wir wollen das internationale Recht und eine multilaterale Politik stärken und eine menschenrechtsorientierte Entwicklungszusammenarbeit vorantreiben. Allen Abschottungstendenzen ist entschieden entgegenzutreten und eine Konditionalisierung von Entwicklungshilfe auf Kosten von Geflüchteten zu beenden. Menschenrechte dürfen nicht länger als Feigenblatt herhalten, um politisches Handeln zu legitimieren oder abzulehnen.

Was möchten Sie konkret für das entwicklungspolitische Engagement der Zivilgesellschaft tun und wie möchten Sie dieses (auch finanziell) unterstützen?

Dr. Maria Flachsbarth Die Zivilgesellschaft ist mit ihren vielfältigen Kontakten in die Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine unverzichtbare Ergänzung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Hier wachsen auch viele private Kontakte, die ganz wesentlich Deutschlands Bild in der Welt prägen. Ich freue mich daher, dass wir den Haushaltstitel des BMZ für die Förderung der Zivilgesellschaft in dieser Legislaturperiode um 300 Millionen Euro steigern konnten.

Dr. Matthias Miersch Ich werde unvermindert das Engagement der Zivilgesellschaft unterstützen. Es war die SPD-Fraktion, die dafür gesorgt hat, dass die Gelder für Projekte der Zivilgesellschaft erhöht werden. Im Haushalt 2020 konnten wir 50 Millionen Euro für Projekte der Zivilgesellschaft für Klimaschutz in Entwicklungsländern festschreiben. Auch im Haushalt 2021 konnten wir diese Summe sichern. Wir setzen uns für die kräftige Finanzierung multilateraler Organisationen ein. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir weitergehen!

Filiz Polat Entwicklungszusammenarbeit braucht eine verlässliche Finanzierung. Die Selbstverpflichtung, dauerhaft 0,7 % unserer Wirtschaftsleistung im Kampf gegen die weltweite Armut, Ungleichheit und für nachhaltige Entwicklung bereitzustellen, darf keine Obergrenze sein. Es gilt, Entwicklungshilfegelder für Migrationskontrolle konsequent abzulehnen. Und es bedarf gerade infolge der Covid-19-Pandemie eines klaren Bekenntnisses zu einer nachhaltigen und dauerhaften Entwicklungsfinanzierung. Im Sinne der Addis Ababa Action Agenda für Entwicklungsfinanzierung braucht es strukturelle Veränderungen.



Anabel García absolvierte 2020 ein dreimonatiges Praktikum beim VEN. Sie studiert *European Studies Extended in Magdeburg* und schreibt derzeit ihre Abschlussarbeit.



Sadiyah Meiselbach koordiniert das Projekt *Niedersachsen macht mobil - für Unternehmensverantwortung* beim VEN. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind *Wirtschaft und Menschenrechte* und die *SDGs*.

Die Provinz Eastern Cape (Ostkap) in Südafrika pflegt seit 1995 eine lebendige Partnerschaft mit Niedersachsen. Wir freuen uns, eine Stellungnahme von Mr. L.O. Mabuyane, dem Ministerpräsidenten der Provinz Eastern Cape, zur diesjährigen Bundestagswahl abdrucken zu dürfen. Die deutsche Übersetzung findet sich hier: ven-nds.de/Mabuyane



Statement on the Retirement of the German Chancellor, Dr Angela Merkel

As the Eastern Cape Province of South Africa, we would like to extend our warmest congratulations and bid farewell to the German Chancellor, Dr Angela Merkel, on taking a well-deserved retirement after serving with distinction many years at the helm of the Government of the Federal Republic of Germany. Her years of service attest to her unwavering commitment to advancing the well-being of the People of Germany also mindful of her solidarity and playing an influential role in world affairs.

During Dr Merkel's term as Chancellor, cooperation between our Province of the Eastern Cape and our German partner, the State of Lower Saxony, grew substantially in the areas of automotive sector, agriculture, investment, renewable energy, sport and culture. These successes inspire our confidence that her successor will be imbued by the spirit of cooperation, friendship and solidarity that characterized her term in office, add momentum to existing partnerships, grow and diversify our mutual relations with the State of Lower Saxony and beyond.

We stand ready to welcome and join hands with the new Government of the Federal Republic of Germany that will be ushered by the forthcoming federal and state elections work together to take our mutual cooperation to greater heights.

Fare thee well Dr Angela Merkel
Mr. Lo Mabuyane

Premier: Province of the Eastern Cape

Was machen eigentlich die Promos zu den Wahlen?

Unser Handeln nimmt Einfluss darauf, was hier und in anderen Teilen der Welt passiert. Wie wir damit verantwortlich umgehen, zeigen uns viele Initiativen und Organisationen. Das Eine Welt-Promotor*innen-Programm fördert dieses Engagement und damit den Einsatz für eine global gerechte und nachhaltige Welt. Mit folgenden Fragen als Fokus berichten vier Promos, wie sie sich in das Superwahljahr einbringen:

Wie bringt ihr euren regionalen Schwerpunkt

in die Kommunalwahl ein?

Mit welchen Bündnissen arbeitet ihr zur

Wahl zusammen?

Wie bindet ihr junge Menschen mit ein und

motiviert sie für die Wahlen?



Niedersachsen **entwickeln**
für Eine Welt

Die Eine Welt- Promotor*innen in Niedersachsen

Braunschweig, Fair in Braunschweig e.V.

Anna Thiel, Nachhaltiges Wirtschaften

Göttingen, Entwicklungspolitisches Informationszentrum (EPIZ)

Noreen Hirschfeld, Migration und Entwicklung
Chris Herrwig, Migration und Entwicklung

Bildung für nachhaltige globale Entwicklung kommunal

Die „glokale Idee“ des Globalen Lernens zielt darauf ab, globale Herausforderungen mit deren lokalen Ursachen und Auswirkungen zusammenzubringen. So werden Zusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten für eine nachhaltige und gerechte Welt deutlich und praktisch erfahrbar.

Lokale BNE-Bildungslandschaften mit engagierten Akteur*innen der Zivilgesellschaft und deren Lernorten aus Schulen, Volkshochschulen und weiteren Bildungseinrichtungen sowie der kommunalen Verwaltung haben ein großes Potential. Sie können viele Menschen sensibilisieren, um gemeinsam im Sinne der SDGs aktiv zu werden. Dafür beraten wir als Eine-Welt-Fachpromotorinnen für Globales Lernen aktive Menschen in der Bildungsarbeit, wie die Vernetzung noch besser funktionieren kann.

Aber auch die politischen Entscheidungsträger*innen auf der lokalen Ebene müssen für die Notwendigkeit einer gut organisierten und finanziell abgesicherten BNE sensibilisiert werden. Insbesondere die Möglichkeiten von Kommunen, gute Bedingungen für ihre Schulen in BNE-Bildungslandschaften zu schaffen, sollten stark genutzt werden. Auch der Druck der Zivilgesellschaft ist wichtig, um immer wieder auf die großen, oft ungenutzten Möglichkeiten von Kommunen hinzuweisen und neue Strukturen einzufordern.

Dafür hat das Netzwerk Globales Lernen in Niedersachsen und Bremen Fragen für die kommende Kommunalwahl entwickelt, die von BNE-Bildungsakteur*innen als Grundlage für Anfragen und Diskussionen mit den zur Wahl stehenden Parteien dienen können: www.globolog.net/netzwerk-globales-lernen.html.



Sören Barge und Julia Wältring, Eine Welt-Fachpromotor und -promotorin für Globales Lernen beim VEN in Hannover

Hannover, Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen, VEN e.V.

Juliane Jesse, Öffentlichkeit und Internationales
Shahida Ursula Florin, Migration, Diaspora und Entwicklung
Sören Barge, Globales Lernen
Julia Wältring, Globales Lernen

Lüneburg, JANUN Lüneburg e.V.

Eva Kern, Klima und junges Engagement

Lüneburger Klimabündnis bindet Bürger*innen und Politik mit ein

Seit knapp einem Jahr ist das Lüneburger Klimabündnis auf kommunaler Ebene zur Umsetzung der SDGs aktiv: Im Fokus stehen die Themen Klimaschutz und -gerechtigkeit sowie Menschen- und Tierrechte. Die zivilgesellschaftlichen und aktivistischen Initiativen, die sich im Bündnis zusammengeschlossen haben, engagieren sich auch mit Aktionen zur Wahl. Dabei werden sie von mir unterstützt. So rufen wir junge und engagierte Menschen auf, bei der diesjährigen Kommunalwahl zu kandidieren. Im Februar war zur ersten Informationsveranstaltung geladen, seitdem wächst das Netzwerk Interessierter stetig. Das Bündnis formuliert auch direkte Forderungen an die Politik: "Umstellung auf erneuerbare Energien", "Festlegung ökologischer Kriterien für Neubauten", und "Ausbau Lüneburgs als Fuß- und Fahrradstadt" sind Beispiele dieser Forderungen. Im Zusammenschluss zeigt sich die Stärke des Bündnisses: Sie reicht von langjährigem Engagement, wie beim Lüneburger Kreisverband des ADFC, über junge Engagierte, wie bspw. Extinction Rebellion, hin zu neuen Gruppierungen wie dem Klimaentscheid Lüneburg. Den Schwung des Wahljahres wollen auch die beiden Bürgerentscheid-Gruppen "Radentscheid Lüneburg" und "Klimaentscheid Lüneburg" nutzen, für mehr direkte Demokratie im Sinne einer ökologischen Transformation vor Ort.

In den kommenden Wochen werden die Forderungen verstärkt über Social-Media-Kanäle verbreitet. Im Rahmen der Wandelwoche Lüneburg Mitte Juli laden wir Kandidat*innen der Oberbürgermeister-Wahl zu Gesprächen ein, um Stellung zu den Forderungen zu nehmen.

Links: wechange.de/project/lueneburger-klimabuendnis/radentscheid-lueneburg.de | klimaentscheid-lueneburg.de wandelwoche-lueneburg.de



Eva Kern, Eine Welt-Regionalpromotorin für Klima und junges Engagement bei JANUN Lüneburg in Lüneburg

Wie unser kommunales Konsumverhalten weltweit Wirkung hat

Mit Engagierten aus diversen Netzwerken und Bündnissen probiere ich, das Bewusstsein für die Auswirkungen unserer alltäglichen Entscheidungen auf die Menschen überall auf der Welt in der Öffentlichkeit zu steigern und zum Handeln anzuregen: Bewusster Konsum, mehr Fairer Handel, sinnvolle regionale Alternativen und politisches Engagement. Als Promotorin mit einem inhaltlichen Schwerpunkt für global gerechte Landwirtschaft bin ich Teil des Agrarbündnisses Niedersachsen. Hier ist eine kleine Arbeitsgruppe entstanden, die Fragen zu fünf Themen eines zukunftsfähigen Agrar- und Ernährungssystems erarbeitet hat. Außerdem planen wir mit dem Ernährungsrat Oldenburg eine Veranstaltung mit Kommunalpolitiker*innen. Hierbei wollen wir mit den Kandidat*innen ins Gespräch kommen und ihr Wissen testen – zu globalen Zusammenhängen, regionalen Alternativen, klimaschonender Ernährung, kommunalen Handlungsmöglichkeiten, etc.

Der entwicklungspolitische Bezug zu den Kommunalwahlen wird durch viele kleine Schritte an vielen kleinen Orten erreicht. Wenn in der städtisch beauftragten Gemeinschaftsverpflegung in den Ausschreibungen fair trade Kriterien verankert werden oder weniger Fleisch in den Mensen in den Theken liegt, dann hat das eine Auswirkung beispielsweise auf die Produzent*innen, die den Kakao, den Kaffee oder die Bananen anbauen. Oder auch auf die ländliche Bevölkerung, die in der Amazonasregion massiv von Landgrabbing und Vertreibung betroffen ist, damit Soja in großen Mengen als Tierfutter angebaut werden kann. Nur mit vielen Schritten an vielen Stellen können wir eine gerechtere und nachhaltigere Weltgesellschaft schaffen!



Canan Barski, Eine Welt-Regionalpromotorin für Landwirtschaft und Fairen Handel bei dem Ökumenischen Zentrum Oldenburg e.V. in Oldenburg

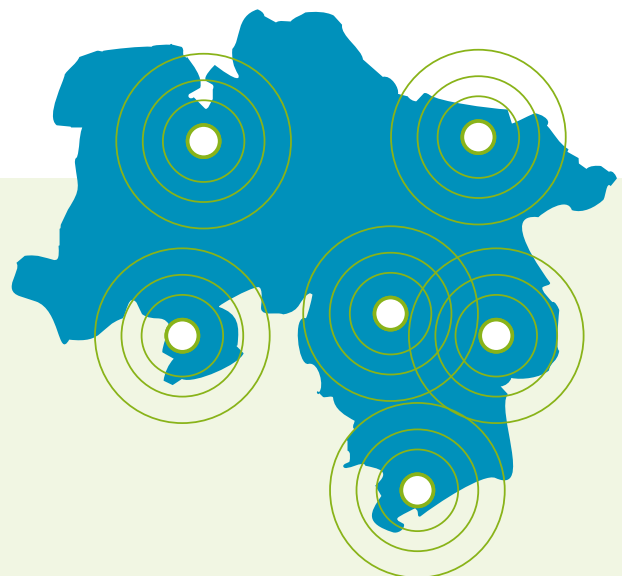
Oldenburg, Ökumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Canan Barski, Landwirtschaft und Fairer Handel

Osnabrück, Süd Nord Beratung (VeB e.V)

Dirk Steinmeyer, Fairer Handel

Kristin Krieger, Faire Kita



Forderungen und Statements

Um die diversen Perspektiven von entwicklungspolitischen Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft sichtbar zu machen, haben wir diese gefragt, was die globalen Nachhaltigkeitsziele mit den Wahlen 2021 zu tun haben:

Welche globalen Gerechtigkeits-themen bewegen euch?

Was sind eure Forderungen zu den Wahlen?



Globale + Lokale Gerechtigkeit

Abdou Ouedraogo

Solidarität: Gemeinsam statt gegeneinander!



Abdou Ouedraogo ist Deutsch-Burkinabe, 62 Jahre alt und Dipl.-Ingenieur. Er ist Mitglied im Integrationsrat der Stadt Emden, Delegierter im Niedersächsischen Integrationsrat, Vorsitzender des Afrikanischen Vereins Ostfriesland e. V., Mitglied der Initiative Rassismuskritik in Emden und seit 2014 Mitglied im

VEN. Die Initiative Rassismuskritik wurde am 20.08.2020 im Zuge der Black Lives Matter-Bewegung in Emden gegründet. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, sich gegen jegliche Art von Rassismus und dessen Ursachen in Emden und Umgebung einzusetzen. Zurzeit engagiert sich die Initiative dafür, dass zwei Denkmäler, die

an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm, der zur Kolonialzeit mit ver-sklavten afrikanischen Menschen handelte, erinnern, in Mahn-male umgewandelt werden.

Zur Bundestagswahl fordere ich eine Rechtsgrundlage für eine **stärkere Bekämpfung von rassistischen Systemen und rassistischen Diskriminierungen** in der deutschen Gesellschaft, das Verbot des N-Wortes in Deutschland, sowie Win-win-basierte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den einzelnen afrikanischen Ländern, in denen Deutschland wirtschaftlich aktiv ist. Auf kommunaler Ebene fordere ich den Aufbau einer Infrastruktur für die Bekämpfung von Rassismus und rassistischen Diskriminierungen in Emden.





Dr. Cornelia Johnsdorf & Andreas Kurschat (KED)

Globale Verantwortung und ökologischer Weitblick!



Der Kirchliche Entwicklungsdienst der ev.-luth. Landeskirchen in Braunschweig und Hannovers (KED) fördert entwicklungspolitische Bildung innerhalb und außerhalb der Landeskirchen durch

Beratung, finanzielle Unterstützung und eigene Veranstaltungen. Er setzt seit 2013 die vom Haus kirchlicher Dienste (HKD) 1997 begonnene Mitgliedschaft im VEN fort.

An alle im künftigen Bundestag vertretenen Parteien richtet der KED zusammen mit zahlreichen weiteren Organisationen im Bündnis „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung“ und im Einklang mit einem breiten internationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerk den Appell, sich angesichts der weltweit wachsenden Zahl überschuldeter Staaten für ein **Staateninsolvenzverfahren** einzusetzen. Denn nur in einem solchen fairen und transparenten Verfahren lässt sich verhindern, dass weiterhin die Ärmsten der Armen am meisten leiden, wenn ihre Länder durch die finanziellen Auswirkungen äußerer Ereignisse wie der Corona-Pandemie oder des Klimawandels in eine Schuldenfalle geraten.

Auf kommunaler Ebene ruft der KED dazu auf, pragmatische Konzepte zur **Sekundärrohstoffnutzung für Elektrogeräte** zu entwickeln und Pilotprojekte konsequenter Kreislaufwirtschaft z.B. im Hinblick auf Plastikmaterialien in kommunalen Zusammenhängen auf den Weg zu bringen. Eine geordnete Sekundärrohstoffnutzung in Niedersachsen würde ausbeuterische Arbeitsbedingungen z.B. in Goldminen weltweit und die unhaltbaren Zustände auf Elektroschrottmüllhalden in afrikanischen Ländern minimieren. Dazu brauchen wir in der Kommunalpolitik pragmatische Menschen mit globalem und ökologischem Weitblick, die sich erfolgreich mit lokalen Unternehmen an die Arbeit machen.



Reinhard Stolle (A3W)

Hunger bekämpfen, Impfgerechtigkeit gestalten und flexible Fördergelder in der Entwicklungszusammenarbeit!



Reinhard Stolle ist Geschäftsführer und Bildungsreferent im Aktionszentrum Dritte Welt (A3W). Seit 1982 vernetzt dieses unterschiedliche entwicklungspolitische Initiativen in Osnabrück. Neben Bildungsarbeit, unter anderem durch eine umfangreiche Mediathek, betreibt der Verein einen Weltladen und unterstützt diverse Projekte etwa in der niedersächsischen Partnerregion Eastern Cape in Südafrika.

Im Rahmen unserer Partnerschaftsarbeit mit Südafrika merken wir, dass dort Armut und Hunger drastisch zunehmen. Die anhaltende Corona-Pandemie und die dadurch nötigen Shutdowns haben zum Niedergang der südafrikanischen Ökonomie geführt. Die Regierung versucht Sozialhilfe zu leisten; die Gelder kommen aber immer etwas zu spät, sind zu wenig und erreichen nicht alle Menschen. Gerade in den ländlichen Regionen ist der Hunger besonders groß. Die Menschen sind verzweifelt: Sie stehlen Schafe, Ziegen und Rinder und plündern Lebensmittellaster auf den Straßen.

Gemeinsam mit unseren Partner*innen fordern wir **die internationale Hilfe nicht einzustellen**. Vorhandene Fördergelder aus der Entwicklungszusammenarbeit sollten flexibel einsetzbar sein. In der aktuellen Situation sind keine Arbeitseinsätze möglich, um Solaranlagen und andere Technologien zu bauen. Wir wünschen uns daher, dass die Gelder umgewidmet werden können, um Nahrungsmittel bereitzustellen und die Pandemie bekämpfen zu können. Außerdem fordern wir die Freigabe von Impfstoffpatenten, damit vor Ort selbst Impfstoffe hergestellt werden können. Denn wir sind hier nur sicher und gesund, wenn alle Menschen sicher und gesund sind.



KLIMAGERECHTIGKEIT + MOBILITÄT

YSD Germany

Klimagerechtigkeit, Abbau von Machtstrukturen, sozial-ökologischer Wandel!



Youth for Sustainable Development Germany e.V. (YSD Germany) möchte durch ihre Bildungsarbeit ein kritisches Bewusstsein für die Klimakrise und globale Machtstrukturen schaffen und junge Menschen motivieren, sich für Klimagerechtigkeit und Klimaresilienz zu engagieren. Seit mehreren Jahren ar-

*beiten sie mit der malawischen NGO Youth for Environment and Sustainable Development zusammen. Gemeinsam setzen sie Projekte zur Klimaresilienz und Ernährungssouveränität der Kleinbäuer*innen in Malawi um. Mehr Infos unter www.ysdalliance.org. YSD Germany hat im Rahmen von weltwechsel Niedersachsen 2020 eine Online-Veranstaltung zum Thema „Environmental activism in Malawi“ angeboten.*

Die nächste Bundesregierung muss **1,5-Grad-Klimaschutz** in Deutschland auf den Weg bringen. Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie entscheidend Prävention ist, um unkontrollierbare Krisen zu vermeiden. Wir müssen jetzt die globale Erwärmung eindämmen, um Naturkatastrophen und Extremwetterereignisse, die nicht nur Länder des Globalen Südens, sondern auch Deutschland betreffen, so weit wie möglich zu vermeiden. Die nächste Bundesregierung muss ihre Klimapolitik an einem fairen Emissionsbudget ausrichten, das sich am 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens und am Prinzip der Klimagerechtigkeit orientiert. Wir fordern alle Parteien auf, im Wahlkampf ihre Konzepte vorzulegen, wie sie diese Klimapolitik gestalten wollen.

Der Unmittelbarkeitsgrundsatz des Gemeinnützigkeitsrechts (§ 57 AO) erschwert die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Die Rechtsgrundlage verlangt, dass ausländische Organisationen und Personen, die Projekte mit den Mitteln deutscher Vereine umsetzen, an die Weisungen des deutschen Vereins gebunden sind und von ihm kontrolliert werden. Die ausländische Organisation muss dem deutschen Verein also untergeordnet sein. Eine Kooperation auf Augenhöhe wird dadurch unmöglich. Wir fordern die Bundespolitik dazu auf, das **Gemeinnützigkeitsrecht zu reformieren**, sodass es deutschen und ausländischen Organisationen möglich wird, interne Machtstrukturen abzubauen und als gleichberechtigte Partner*innen zusammenzuarbeiten.

Globale Gerechtigkeit braucht nicht nur die richtigen internationalen und bundespolitischen Rahmenbedingungen, sondern

auch einen **sozial-ökologischen Wandel auf lokaler Ebene**. Besonders in der Siedlungsentwicklung und in der Verkehrspolitik haben Städte und Gemeinden die Möglichkeit, Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Seit 1990 sind die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor in Deutschland nicht gesunken. Kommunen können den Menschen günstige und ökologische Mobilität durch einen ausgebauten ÖPNV und sichere Radwege in Städten und auf dem Land ermöglichen. Wir können die Emissionen im Verkehr aber nur dann ausreichend reduzieren, wenn insbesondere Städte den Autoverkehr reduzieren. Dadurch haben sie die Chance, mehr Platz für Grünflächen, Spielplätze, Restaurants und Cafés zu schaffen – mehr Platz für ein gutes Leben an der frischen Luft. Wir fordern die Kandidat*innen und Parteien, die zur Kommunalwahl in Niedersachsen antreten, auf, ihre Pläne zu präsentieren, wie sie den sozial-ökologischen Wandel vor Ort, insbesondere im Verkehrsbereich, voranbringen wollen.



Leo Willen (JANUN Lüneburg)

Pop-Up-Radwege und Pop-Up-Park&Ride-Plätze in Lüneburg!



Leo Willen ist im Vorstand bei JANUN Lüneburg und aktiv im Arbeitskreis Mobilität. Das Forderungspapier von JANUN zur Verkehrsentwicklung in Lüneburg und Niedersachsen findet sich hier: www.janun.de/artikel/co2-neutral-gegen-den-pfosten-fahren/

Für mich hat das Thema Mobilität für das Wahljahr 2021 einen besonderen Stellenwert, da die Corona-Pandemie gezeigt hat, dass durch Maßnahmen im Verkehr Klimaziele auf einmal doch erreicht werden können, Lüneburg in der neusten ADFC Radkomfort-Bewertung eine gerade so ausreichende 4,0 erhielt und das Thema Mobilität im Rahmen der Lokalwahlen hohe Aufmerksamkeit bekommt.



Bündnis zur Kommunalwahl 2021

Verantwortung übernehmen! Ein Sicherer Hafen für Alle!



„Niedersachsen - Ein Sicherer Hafen für alle“ - Unter diesem Motto hat sich ein Bündnis aus verschiedenen Bewegungen, Initiativen und Verbänden aus Niedersachsen zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie aufzeigen, was passieren muss, um ein sichereres Ankommen und ein menschenwürdiges und gleichberechtigtes Bleiben in Niedersachsen zu ermöglichen.

Das Bündnispapier zur Kommunalwahl 2021, das auch der VEN mit unterzeichnet hat, fordert von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft in Niedersachsen ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um menschenrechtsorientierte, schützende und fördernde Lebensbedingungen und ein gleichberechtigtes Zusammenleben für alle Menschen, unabhängig von Pass und Aufenthaltstitel, zu schaffen. Das vollständige Bündnispapier und die Bündnispartner*innen finden sich unter www.seebruecke.org/mach-mit/deutschland/niedersachsen. Hier ist eine exemplarische Auswahl der Forderungen zu sehen:

Antirassismus: Die Kommunen und Menschen in Niedersachsen müssen sich konsequent politisch positionieren, entschlossen gegen alle Formen von Rassismus vorgehen und Stellen für Antirassismusbeauftragte in allen Kommunen schaffen, die mehrheitlich von Expert*innen of Color besetzt sind.

Verantwortung für die Einhaltung der Grundrechte: Die niedersächsischen Kommunen müssen sich an den entstehenden Netzwerken solidarischer, aufnahmebereiter Kommunen beteiligen und sich gegenüber Land, Bund und EU nachdrücklich für die Einhaltung der Grundrechte und eine kommunale Aufnahme von Schutzsuchenden einsetzen.

Bleiberecht statt Abschiebungen: Die Kommunen sollten eine konsequent wohlwollende Grundhaltung gegenüber Menschen mit unsicherem Aufenthalt einnehmen und ihr Ermessen stets so auslegen, um auch bei der derzeitigen Gesetzeslage möglichst für alle Menschen ein Bleiberecht zu schaffen.

Wohnen statt Unterbringung: Die niedersächsischen Kommunen können schon jetzt dafür sorgen, dass alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können.

Grundrecht auf Gesundheit: Die Kommunen in Niedersachsen müssen sicherstellen, dass Menschen unabhängig ihres Aufenthaltsstatus jederzeit angstfrei und barrierefrei Zugang zu medizinischer Versorgung haben.



Upgration.de

#WirhabenPlatz

Upgration.de ist ein Onlinemagazin, eine Plattform, eine Haltung. Lesen und mitmachen.



Upgration.de hat im Rahmen des VEN-Projektes weltwechsell Niedersachsen 2020 eine Onlineschreibwerkstatt zum Thema Diversity Writing&Reading veranstaltet.





KLIMABEWEGTES ENGAGEMENT

Für Klimagerechtigkeit kämpfen: Auch in den Parlamenten

Gespräch mit Charlotte Clement, Klimagerechtigkeitsbewegung Lüneburg

Charlotte ist 22 Jahre alt und studiert VWL im 4. Semester ihres Bachelors. Sie ist in diversen Gruppen und Initiativen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung in Lüneburg und darüber hinaus, wie bei Extinction Rebellion, aktiv. Außerdem engagiert sie sich im Klimabündnis Lüneburg und ist Mitorganisatorin des Klimaentscheids sowie des Klimacamps in Lüneburg. Doch die junge, klimabewegte Frau will noch mehr und kandidiert deshalb zur Kommunalwahl.

Charlotte, du planst derzeit, dich mit vielen weiteren jungen Menschen für die diesjährigen Kommunalwahlen im Landkreis Lüneburg aufstellen zu lassen. Wie bist du, wie seid ihr auf diese Idee gekommen?

Es hat alles angefangen im Klimabündnis. Das Klimabündnis existiert jetzt seit ungefähr einem dreiviertel Jahr und da versuchen wir alle engagierten Gruppen in Lüneburg zu vernetzen.

Da wurde die Frage reingetragen und diskutiert, was wir machen können zu den anstehenden Wahlen. Wir wussten, dass die Linken und die Grünen beide ihre Listen öffnen, das heißt, dass Menschen auch so für die Kommunalwahl kandidieren können, ohne in den Parteien zu sein. Wir haben dann festgestellt, dass sich das sogar einige von uns vorstellen können. Unser Ziel ist es, so viele junge Leute wie möglich aus unseren Bewegungen, aber auch generell mehr Diversität in die Parlamente hier vor Ort zu bringen. Wir haben uns dann erstmal als kleinere Arbeitsgruppe

zusammengesetzt, uns ein paar Mal getroffen, eine Pressemitteilung geschrieben und ein erstes öffentliches Treffen organisiert, zu dem wir auch einen Vertreter von den Grünen und eine Vertreterin von der Linken eingeladen haben. Bei dem ersten Treffen waren wir so um die 20, 30 Leute und am Schluss haben eigentlich fast alle gesagt, dass sie sich vorstellen können, auch zu kandidieren. Das hat natürlich sehr motiviert und eine Gruppe gebildet, die sich weiterhin vernetzen und austauschen will.

Was sind deine Beweggründe für eine Kandidatur?

Ich stehe auf der Liste der Linken für den Kreistag, aber ohne, dass ich Parteimitglied bin. Für mich kam diese Entscheidung vor allem dadurch, dass ich durch den Aufbau des Klimaentscheids in Lüneburg vor einem Jahr angefangen habe, mich mehr mit der Kommunalpolitik zu befassen. Vor allem mit der Frage: Wie können wir den Gedanken von Klimaneutralität bis spätestens 2030 hier vor Ort mehr pushen? Da habe ich anfangen, zu vielen Kreistagssitzungen und Ausschusssitzungen zu gehen. Wir haben dort viele Fragen gestellt, sind in Kontakt gekommen mit der Verwaltung und der Klimaschutzleitstelle, um herauszufinden, wie die Lage ist, was bisher vor Ort passiert ist und wo Handlungsmöglichkeiten liegen. Das war zum einen sehr deprimierend, weil das alles so krass langsam läuft und weil das so eine andere Stimmung ist als in unserer Klimagerechtigkeitsbewegung, in der alle realisiert haben, dass wir dieses Jahr so unglaublich viel anstoßen, bewegen und verändern müssen. Aber es war auch motivierend zu sehen, dass es einen Unterschied macht, wenn ein paar von uns bei so einer Ausschusssitzung dabei sind, weil eigentlich nie jemand bei diesen Ausschusssitzungen zuguckt. Ich habe mich dann für die Kreisebene entschieden, weil das die Ebene ist, wo Klimaschutz am meisten angesiedelt ist und da mehr Möglichkeiten bestehen, Klimaneutralität umzusetzen. Mein Themenschwerpunkt wäre dann vor allem Klima, allerdings würde ich nicht von Klimaschutz reden, sondern eher von Klimagerechtigkeit und den sozialen Aspekten, wie das Ganze umgesetzt werden kann. Also die Frage: Wie kann Klimagerechtigkeit solidarisch auf Kreisebene umgesetzt werden?

Wie würdest du arbeiten, wenn du Kreistagsmitglied wärst?

Für den Fall, dass ich gewählt werde, würde ich am liebsten in den Ausschuss zu Erneuerbaren Energien und Klimafolgenanpassung gehen und da mitarbeiten. Ich habe große Lust, an Anträgen und Forderungen mit der Fraktion, aber vor allem auch Anderen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung zu arbeiten. Dadurch, dass nun recht viele junge Menschen, auch aus dem Klimabündnis, vor allem auf den Listen der Grünen stehen, ist es sicher, dass einige von uns gewählt werden. Und wir sind ja gut vernetzt in Lüneburg und haben gemeinsame Plattformen, wo wir jetzt schon extrem viele Forderungen zusammengetragen haben. Darauf können wir dann zurückgreifen und darüber auch Leute finden, die Lust haben, sich mit einem bestimmten Thema mehr auseinander zu setzen und so gemeinsam an Anträgen zu arbeiten. Wir werden ganz viel Arbeit aufteilen können, aber auch Wissen teilen. Wir könnten da gemeinsam viel bewegen.

Ein Grund, nicht in eine Partei einzutreten ist, weil ich mich weiterhin als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung sehe. Ich verstehe mich in dem Gremium, in das ich reingewählt werden könnte, lieber als Stimme, die versucht, diese Bewegung und vor allem unsere Generation und auch die kommenden Generationen zu repräsentieren.

Was wäre dein wichtigstes Ziel?

Klimaneutralität 2035 ist ja eigentlich viel zu spät, das können wir uns gar nicht leisten. Aber es ist der einzige Kreistagsbeschluss, den es bisher gibt und das ambitionierteste Ziel, was überhaupt hier in Lüneburg auf kommunaler Ebene gerade beschlossen ist. Trotzdem würde ich mich daran orientieren, spätestens 2030 oder früher, 2025, in Richtung Klimaneutralität zu kommen. Und vor allem zu versuchen, das solidarisch zu gestalten. Ein weiterer Punkt, den ich wichtig finde, ist die Einführung von Bürger*innen-Räten oder Bürger*innen-Versammlungen und neuen Arten von Bürger*innen-Beteiligung. Auf Stadtebene gibt es da schon Ansätze zu, aber im Landkreis gibt es diese Art von Bürger*innen-Beteiligung noch viel zu wenig.

Was ist deine Vision für Lüneburg 2030?

Bis 2030 hätten wir Klimaneutralität erreicht. Wenn möglich haben wir in fast allen Nachbarschaften und Gemeinden Bürger*innen-Versammlungen oder Bürger*innen-Räte, die sich zu verschiedenen Themen zusammensetzen und versuchen, Lösungen zu finden. Als drittes: Ein Landkreis Lüneburg, der besser auf Krisen reagieren kann. Ich glaube, dass wir bis 2030 in weitere Krisen reinschlittern werden und es wird immer wichtiger, dass wir uns Konzepte überlegen, wie wir auf diese solidarisch reagieren können, sodass wir alle mitnehmen können. Deswegen ist es auch wichtig, wirtschaftlich zu versuchen, kleinere regionale und resilientere Wirtschaftskreisläufe im Landkreis zu fördern und aufzubauen. Also einen solidarischen und klimagerechten Landkreis aufzubauen, in dem wir uns in den kommenden Krisen gegenseitig auffangen und unterstützen können.



Annika Härtel koordinierte das VEN-Projekt „weltwechsel Niedersachsen“, die Aktionswochen zu globalen, gesellschaftspolitischen Themen in ganz Niedersachsen im November 2020.

Deutschland muss dekolonialisiert werden

Bündnis gegen Geschichtsfälschung und Göttingen Postkolonial

Die Bundesregierung hat sich im aktuellen Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, Deutschlands Kolonialvergangenheit kritisch aufzuarbeiten. Passiert ist bisher wenig. Der Wissmann-Kult in Bad Lauterberg zeigt exemplarisch, was noch zu tun ist. Eine kritische Auseinandersetzung damit muss auch die Kontinuitäten der Kolonialvergangenheit, wie die fortwährende verharmlosende Erinnerung – unter anderem im Rechtsradikalismus – in den Blick nehmen. Die anstehenden Wahlen könnten dafür richtungweisend sein.

Bis heute prägen koloniale Kontinuitäten unser alltägliches Leben. Sehr offensichtlich sind die stereotypen Afrika-Darstellungen in den Medien und im Marketing. Dass die Supermarktkette EDEKA einst einmal für „Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler“ stand, ist hingegen weniger bekannt. Mit offenen Augen und kritischem Blick durch die eigene Stadt zu gehen, lohnt sich. Vielerorts erinnern und glorifizieren Denkmäler und Straßennamen die deutsche Kolonialherrschaft.

Kolonialkult in Bad Lauterberg (Harz)

In der Harzer Kleinstadt Bad Lauterberg wird an verschiedenen Stellen an Hermann von Wissmann erinnert. So gibt es ein Denkmal im Kurpark, eine Erinnerungstafel auf dem Friedhof, ein Zimmer im Heimatmuseum und eine Straße, die nach ihm benannt wurde. Wissmann war ein deutscher Militär und Gouverneur der ehemaligen Kolonie Deutsch-Ostafrika (DOA) – heute Tansania, Ruanda, Burundi und ein kleiner Teil Mosambiks. Bereits zu Lebzeiten war er eine umstrittene Figur: Als Held gefeiert und als Kriegsverbrecher verurteilt. In den Jahren 1888/89 wurde unter seiner Führung die koloniale Herrschaft brutal in Ostafrika durchgesetzt. Begeisterte Kolonialist*innen und später auch Kolonialrevisionsist*innen feierten und feiern Wissmanns Durchquerung Afrikas von West nach Ost. Sie adelten ihn als „Deutschlands größten Afrikaner“ und als wichtigen Bekämpfer des Sklav*innenhandels in DOA.

In Bad Lauterbach wird vielerorts an den Kolonialisten Hermann von Wissmann erinnert. Die dazugehörige Tafel kontextualisiert die Gewalttaten der Kolonialzeit kaum.

Gleichzeitig stellen Aktivist*innen und auch Historiker*innen wie Jürgen Zimmerer, Britta Schilling und Claudia Prinz seit vielen Jahren klar, dass Wissmanns geographische Forschungsreisen maßgeblich kolonialer Expansion dienten. Sie entlarven die Vorstellung, Wissmann sei ein Sklav*innenbefreier, als koloniale Propaganda. Sie zeigen auf, dass er ein brutaler Kriegsherr war, dessen Kriegsführung zehntausenden Menschen das Leben kostete.

Eine kritische Kontextualisierung von Wissmanns Wirken findet sich nur an wenigen Orten. In Bad Lauterberg überwiegt nach wie vor die verherrlichende Lesart. „Dem weltbekannten Afrika-Forscher / dem Freund und Helfer der schwarzen Menschen / den Gott durch viele Gefahren seines bewegten / Lebens gnädig führte / Hermann v. Wissmann“, heißt es etwa auf der Tafel auf dem Friedhof. Der „Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen“ trifft sich bis heute jährlich zur Kranzniederlegung an seiner Statue im Kurpark. Dieser kolonialromantische bis kolonialrevisionistische Verband trägt nicht zuletzt mit Verbindungen in die rechtsextreme Szene dazu bei, dass der Kurpark in Bad Lauterberg gewiss kein Ort zum Wohlfühlen für migrantische, Schwarze oder antirassistisch eingestellte Menschen ist. Er ist und bleibt ein Ort, der kolonialrassistische Gewalt unsichtbar macht, verharmlost und gar verherrlicht.

Trotz jahrzehntelanger Bemühungen aus der Zivilgesellschaft bleibt der Wissmann-Kult in Bad Lauterberg bestehen. Er schafft so Räume, in denen sich Netzwerke und Verbindungen zwischen Rechtsradikalismus und Kolonialromantik formen und stärken.

Umdenken in der Entwicklungszusammenarbeit

Die kolonialen Kontinuitäten der Entwicklungszusammenarbeit wurden hinreichend erforscht. Die Ursprünge und Parallelen des missionarischen und vermeintlich zivilisatorischen Geistes der Kolonialzeit setzen sich bis heute fort. Dennoch steht ein struktureller Wandel der entwicklungspolitischen Arbeit größtenteils noch aus. Dabei ist eine solche Aufarbeitung und kritische Umstrukturierung unumgänglich, um Machtasymmetrien zu verstehen und sukzessive abzubauen.

Nur so kann eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Globalem Süden und Globalem Norden funktionieren. Dies gilt insbesondere im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit: Der Globale Norden profitiert weiterhin von Ungleichgewichten, die durch koloniale Gewalt und Ausbeutung entstanden sind und verstärkt wurden.

Forderungen aus der Zivilgesellschaft

Schwarze und migrantische Menschen, sowie People of Color fordern seit Jahrzehnten auch in Deutschland, Entwicklungszusammenarbeit und gesellschaftlichen Bereiche wie Behörden, Polizei, sowie Bildung und Forschung auf (kolonial)rassistische Kontinuitäten und Stereotype zu überprüfen. Die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen fordert, Partizipations- und Teilhabe-gesetze auf Bundes- und Landesebenen einzuführen. Nur so kann der auf unsere Kolonialvergangenheit basierte Rassismus endlich ernst genommen und bearbeitet werden.

Auch die Kommunalpolitik ist in der Verantwortung, gegen Rassismus vorzugehen und einen Umgang mit kolonialen Spuren im öffentlichen Raum zu finden. Unsere gewaltvolle Vergangenheit muss mit Respekt gegenüber dem Globalen Süden aufgearbeitet werden. Dazu gehört auch die Unterstützung von Menschen, die rassistische Diskriminierung erfahren, sowie eine umfassende diversitätsorientierte Entwicklung kommunaler Institutionen. Der Integrationsrat Göttingen hat einen Kommunalen Aktionsplan gegen Rassismus (<https://integrationsrat.de/kommunaler-aktionsplan-gegen-rassismus-2/>) aufgestellt, der diese und weitere wichtige Punkte zusammenfasst.

Es ist dringend notwendig, (kolonial)rassistische Strukturen zu erkennen und abzubauen. Deshalb braucht es auf kommunaler, Landes- und Bundesebene entsprechende Vorgaben. Bei den anstehenden Wahlen werden wir sehen, wie ernst es Deutschland meint.

*Das Bündnis gegen Geschichtsfälschung macht es sich zur Aufgabe, den Wissmann-Kult in Bad Lauterberg (Harz) kritisch zu hinterfragen. Es engagiert sich für eine den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechenden Kommentierung und Veränderung der kolonialgeschichtlichen Erinnerungskultur vor Ort. 2020 haben sich lokale Akteur*innen aus dem Südharz (Altkreis Osterode), „Spurensuche Harzregion e.V.“ und „Bunt statt braun e.V.“, die zum Teil schon Jahrzehnte für eine solche kritische Erinnerung eintreten, zu diesem Aktionsbündnis zusammengeschlossen.*

Göttingen Postkolonial ist ein stets offener Zusammenschluss von Initiativen im Raum Göttingen, der sich mit der Aufarbeitung und Thematisierung von kolonialer Vergangenheit, postkolonialer Gegenwart und Visionen einer dekolonialen Zukunft beschäftigen möchte. Ziel ist es, einen verantwortungsbewussten und rassistismuskritischen Umgang mit dem kolonialen Erbe vor Ort in Göttingen und der Region zu fördern. Kontakt: goettingen-postkolonial@riseup.net



PRAXISTIPP

Junge Menschen gestalten „Stadt, Land, Future!“

Harald Kleem, Peer-Leader-International

Das Praxisbeispiel eines Pilotprojekts der Peer-Leader-International zur Förderung der Beteiligung junger Zukunftsgestalter*innen in Niedersachsen, die sich dafür engagieren, kommunale Wahlprogramme basierend auf den SDGs zu gestalten.

Wie wäre es, wenn die SDGs im ganzen Land bekannt wären? Wie wäre es, wenn die Parteien diese Ziele in ihren Wahlprogrammen als Richtwerte nähmen? Und wie wäre es, wenn junge Menschen sich für Wahlprogramme auf Grundlage der SDGs interessieren würden? Diese Fragen stellten sich unserem Team der Peer-Leader-International (PLI) aus Ostrhauderfehn Ende 2020 bei den Überlegungen, wie wir mit dem Wahljahr 2021 umgehen wollen in unserer Arbeit mit und für Peers. Zugegeben, besonders sexy ist Kommunalpolitik nicht, schon gar nicht für junge Menschen. Die Themen und Vorgänge sind selten transparent, eine Vorbereitung auf lokale Strukturen gibt es nur sehr selten in der Bildungsarbeit und das Durchschnittsalter der Engagierten in der Kommunalpolitik liegt sicher über 60. Aber: Unser lokales Team der PLI hat sich herangewagt: „Rettet die Welt, geht in die Kommunalpolitik!“ – das ist das Motto. Was könnte lokale Arbeit zu

den SDGs beitragen? Würde uns das Lust machen, selbst mitzumischen? Sieben Abende saß unser Team zusammen und hatte am Ende drei Seiten Wahlprogramm für eine fiktive SDG-Liste erstellt. Dennoch gibt es Challenges dabei: Wie IST die Lage in der Kommune eigentlich? Was DARF ein Kommunalparlament? Was MUSS sein bis 2030, was GEHT in 4-5 Jahren zu realisieren und wer WÄHLT so eine Liste?

Aus diesen Erfahrungen entstand die Projektidee „Stadt, Land, Future!“, ein Pilotprojekt zur Förderung des Potenzials junger motivierter, engagierter Zukunftsgestalter*innen in Niedersachsen, das sie ermutigen soll, ihre Ideen zur lokalen Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Wahlkämpfe in diesem Jahr einzubringen. Wir wenden uns damit an die jungen Menschen, die bereits erste Ideen, Gestaltungswillen und Energie



Online-Peerinar der Peer-Leader-International

haben und laden diese ein, sich mit den Nachhaltigkeitszielen auseinandersetzen und sie auf lokale Gegebenheiten herunterzubrechen. Was bedeutet beispielsweise SDG 10 „Weniger Ungleichheiten“ für unseren Ort, unsere Stadt, unseren Kreis? Wie ist die Faktenlage, was sind die brennendsten Probleme, was kann unsere Kommune tun, was wird bereits getan, was wäre nötig und was ist machbar bis 2030? Was bedeutet SDG 3 „Gesundheit und Wohlergehen“ für uns vor Ort? Geht es um die Ärztesorgung oder um gesundes Leben? Geht es um Alkohol oder um Parkanlagen?

Aus eigenen Umfragen in Niedersachsens Schulen wissen wir um das grundsätzlich große Interesse an Nachhaltigkeitsfragen, aber auch um die Tatsache, dass in Schulen nicht interdisziplinär und handlungsorientiert dazu gearbeitet werden kann. Zeit ist dafür ohnehin selten. Zudem erschwert die Pandemie die Situation. Aus diesen Gründen setzen wir 2021 weiter auf Online-Tools und auf unbegleitete, lehrerunabhängige, freie Arbeit mit jungen Menschen durch ausgebildete „Future-Peers“.

Wir erkundeten weiterhin, wie in Zukunft in Niedersachsen größere Projekte zur stärkeren politischen Beteiligung junger Menschen aussehen könnten und müssten und stellten uns dabei folgende Fragen:

- Gibt es eine Gruppe junger Menschen, die die Diversität der Gesellschaft spiegelt, die Interesse an den SDG-Zukunftsthemen hat?
- Ist es möglich, diese globalen Themen mit lokalen in Verbindung zu bringen?
- Ist es möglich, junge Menschen zusätzlich zum individuellen Verhalten zu motivieren, sich mit der harten kommunalen Arbeit auseinanderzusetzen: Mit Parteien und Gremien, im Wahlkampf und in der Wahlperiode als Lobbyist*in, oder gar als Kandidat*in auf Listen?
- Finden wir über die Gruppe ohnehin engagierter junger Menschen hinaus junge Menschen, die wir zusätzlich für diese Arbeit begeistern können?
- Finden wir junge Menschen, die als SDG-Multiplikator*innen in der eigenen Einrichtung (Schule, Beruf, Uni) aktiv werden möchten?

Grundlagen unserer Arbeit sind die vielen SDG-Materialien, Beispiele aus ausgewählten Kommunen und Daten aus dem SDG-Indikatoren-Portal (www.sdg-portal.de). Die Factsheets zu den SDGs wurden von uns auf ein schnell und gut verständliches Niveau zusammengefasst, auf Handlungsoptionen überprüft, mit der Pandemie in Verbindung gesetzt und 6 Standorte in Niedersachsen angeworben, den lokalen Teil der Arbeit zu leiten. Daraufhin organisierten wir zentrale Webinare über die globalen Herausforderungen und die SDGs, die lokalen Standorte übernahmen die Akquise und leiteten die Videokonferenzen, in denen die SDGs Schritt für Schritt mit den lokalen Gegebenheiten abgeglichen wurden. Abschließend wurde das entstandene Programm mit lokalen Parteien im Rahmen einer Online-Veranstaltung diskutiert. Die Ergebnisse waren überraschend:

- Parteien und Listen setzten das SDG-Programm mit ihren Partei-Programmen in Relation und versuchten zu erklären, dass schon „viel im eigenen Programm enthalten“ sei. Sie wunderten sich über das junge Engagement und luden direkt zur Mitarbeit in der eigenen Liste oder Partei ein.
- Junge Menschen interessierten sich plötzlich für die jeweils lokale Situation, stellten die enormen Defizite bei Visionen, Zielorientierungen und Nachhaltigkeit fest und begannen, an eigenen Ideen zu basteln: Ansprache der Presse, Versuche für Posts in Social Media, Entwicklung lokaler SDG-Radwege und Erforschung der kommunalen Parlamentsarbeit.

Es war am Ende überraschend zu sehen, wie wenig die Kommunalpolitik die Krise verstanden hat, in der sie steckt: Wenig Ideen, junge Menschen anzusprechen, wenig Visionen, wo die Kommunen eigentlich hinwollen, wenig Transparenz bezüglich der eigenen Programme und wenig Orientierung an den SDGs (ja, das mit dem Klimaschutz ist angekommen). Wir müssen dranbleiben und nachhelfen!



Harald Kleem ist Projektleiter der Peer-Leader-International und Projektleiter von Projekten zur Umsetzung des Kultusministerkonferenz-Orientierungsrahmens Globale Entwicklung.



FORDERN UND MITMACHEN

VENRO. agl. VEN.

Positionen und Aktionen

Der VEN ist Mitglied beim Dachverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen (VENRO) und bei der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl). Zur Bundestagswahl veröffentlicht VENRO ein Positionspapier und die agl richtet sich mit einem Appell an politische Entscheidungsträger*innen. In beiden Aufforderungen wird deutlich, wie entscheidend die anstehende Wahl für eine Transformation hin zu einer sozial und global gerechten und nachhaltigen Welt(-gemeinschaft) ist. VENRO lädt außerdem zur digitalen Mitmach-Aktion #weltweitwichtig ein und der VEN entwickelte Wahlprüfsteine, die Bürger*innen unterstützen sollen, sich bei den Kommunalwahlen einzubringen.

Downloads:

VENRO: <https://t1p.de/PosVENRO>

agl: <https://t1p.de/agl>

VEN: <https://t1p.de/VEN>

VENRO: Positionspapier zur Bundestagswahl 2021

VENRO ist der Dachverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen. VENRO vertritt die Interessen von rund 140 Mitgliedsorganisationen gegenüber der Politik und setzt sich für die gerechte Gestaltung der Globalisierung ein. Zur Bundestagswahl veröffentlichte VENRO das Positionspapier „Was jetzt #weltweitwichtig ist - Erwartungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2021“. Darin plädiert VENRO für eine nachhaltige Politik, die alle Menschen mitnimmt, niemanden zurücklässt und dafür sorgt, dass alle Menschen und künftige Generationen in Würde und innerhalb planetarischer Grenzen zusammenleben können. Die Corona-Pandemie wirke wie ein Brennglas für gesellschaftliche Missstände und habe gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Folgen, wodurch es noch dringlicher sei, zu handeln. VENRO hat konkrete Maßnahmen formuliert, die von der neuen Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden müssen:

1. Die Agenda 2030 bildet den Leitfaden für das gesamte politische Handeln.
2. Weniger Ungleichheit in und zwischen Gesellschaften.
3. Gesundheit und Ernährungssicherung werden weltweit gestärkt.
4. Die Klimakrise und ihre Folgen werden eingedämmt.
5. Wirtschaft und Handel orientieren sich am Gemeinwohl und an ökologischer Nachhaltigkeit.
6. Die sozial-ökologische Transformation erhält alle nötigen finanziellen Mittel.
7. Frieden und Konfliktprävention werden gestärkt.
8. Menschenrechte und zivilgesellschaftliche Organisationen werden geachtet und geschützt.
9. Die Humanitäre Hilfe wird ausgebaut.
10. Die entwicklungspolitische Inlands- und Bildungsarbeit wird gestärkt.

agl: Appell ‚Wichtiger denn je: Engagement für nachhaltige Entwicklung stärken!‘

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) ist der Zusammenschluss der 16 Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland und unterstützt diese in ihrem Einsatz für globale Gerechtigkeit und ein nachhaltiges Leben.

Mit ihrem Appell „Wichtiger denn je: Engagement für nachhaltige Entwicklung stärken!“ richtet sich die agl an politische Entscheidungsträger*innen in Bund, Ländern und Kommunen. Der Appell wurde von zahlreichen entwicklungspolitischen Organisationen, wie dem VEN, unterzeichnet und mitgetragen. Dem Appell zufolge ist zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland für eine global gerechte und nachhaltige Gesellschaft notwendig und der Schlüssel zu einer solidarischen Bewältigung der Corona-Krise. Der Appell enthält folgende konkrete Aufforderungen:

1. Engagement-Förderung stärken: Mehr Mittel in den kommunalen Haushalten bereitstellen.

2. Bildung und Partnerschaften ausbauen: Zentrales Instrument für eine Transformation zu einer global gerechten und nachhaltigen Gesellschaft.
3. Diversität fördern: Bürokratische Hürden für Förderungen und soziale Barrieren für diverse lokale Organisationen abbauen.
4. Digitalisierung nachhaltig gestalten: Vereine und Organisationen benötigen Förderungen, um Digitalisierungsprozesse nachhaltig zu gestalten.
5. Engagement zukunftsgerecht gestalten: Verlässliche, auf Langfristigkeit ausgerichtete Förderbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement.

VENRO: Digitale Mitmach-Aktion

Mit der digitalen Mitmach-Aktion #weltweitwichtig (www.weltweitwichtig.de) möchte VENRO gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen bei politischen Entscheidungsträger*innen für mehr internationale Solidarität werben. Sie möchten damit zeigen, dass es ihnen nicht egal ist, was in anderen Teilen der Welt passiert. Die Aktion läuft bis zur Bundestagswahl am 26. September 2021 und findet auf Facebook und Twitter statt und beinhaltet folgende Formate:

- Mit den Sharepics zu unterschiedlichen Themen wird auf Herausforderungen aufmerksam gemacht, die #weltweitwichtig sind und die Community motiviert, mitzuteilen, was ihnen #weltweitwichtig ist.
- Aktivist*innen aus unterschiedlichen Bereichen werden gefragt, warum es #weltweitwichtig ist, jetzt zu handeln und Ausschnitte der Interviews auf Facebook und Twitter gepostet.
- Mit einem witzigen Psychotest können Nutzer*in herausfinden, welcher Aktivist*innen-Typ sie sind. Greta Thunberg, Ruth Bader Ginsburgh oder David Hogg?.
- Im Vorfeld zur Diskussionsveranstaltung mit den Spitzenkandidat*innen der Parteien im Juni wird es einen Aufruf unter #weltweitwichtig geben, um Fragen von Bürger*innen einzusammeln.

VEN: SDG-Wahlprüfsteine

Im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen in Niedersachsen hat der VEN Wahlprüfsteine entwickelt, die sich thematisch an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs) orientieren. Die Wahlprüfsteine basieren auf Anfragen, die verschiedene Vereine und Initiativen aus Niedersachsen an die Abgeordneten gestellt haben. Folgende Tipps können Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen helfen, sich bei den Kommunalwahlen einzubringen:

- Den Spitzenkandidat*innen und Parteien Fragen stellen und die Ergebnisse in der jeweiligen Stadt veröffentlichen. So können sich die Wähler*innen informieren und die Politik bemerkt, dass vielen Bürger*innen diese Themen wichtig sind.
- Das Gespräch mit Kandidaten*innen suchen, Bürger*innensprechstunden besuchen, Besuchstermine vereinbaren, anrufen, Briefe und Mails schreiben, zu Diskussions- und Informationsveranstaltungen gehen und sich mit den eigenen Anliegen und Fragen zu Wort melden (soweit Corona es zulässt).
- Als Gruppe im Bündnis mit anderen Gruppen selbst eine Diskussionsveranstaltung zu „Globaler Nachhaltigkeit in unserer Kommune“ organisieren (soweit Corona es zulässt, ansonsten wenn möglich online).
- Einzelne Politiker*innen zu Treffen und Sitzungen der eigenen Gruppe einladen und eine Auswahl von Themen und Fragen besprechen.
- Sich in den Wahlkampf einmischen, z.B. mit Aktionen im Vorfeld der Fairen Woche und darüber in den Social-Media-Kanälen sowie in Zeitungen und im Lokalradio berichten.



Wahl(en) 2021: Was kann ich tun?

Campact: Klima-Aktionen

Campact mit Sitz in Verden wendet sich mit Online-Appellen direkt an die Verantwortlichen in Parlamenten, Regierungen und Konzernen. Campact schmiedet Bündnisse, debattiert mit Politiker*innen und trägt den Protest mit Demonstrationen und Aktionen auf die Straße. Campact möchte die diesjährige Bundestagswahl zur Klimawahl machen und unterstützt u.a. diese Projekte für Privatpersonen und Initiativen:

#DeinGesichtfuerMeineZukunft – Der Online-Wahlplakat-Baukasten Über eine Webseite online Wahlplakate erstellen, die auf die Klimawahl und Klimaversagen verschiedener Parteien/Abgeordneter aufmerksam machen. Social Media: Hashtag **#DeinGesichtfuerMeineZukunft**.

Wir stimmen zusammen – Oma, schenk mir deine Stimme! Opa, wähl für meine Zukunft! Mit Eltern und Großeltern über die Klimakrise sprechen und auf die Klimabremser aufmerksam machen. Über Challenges, in denen Enkel*innen gemeinsam mit ihren Großeltern den Wahl-O-Mat ausfüllen, gemeinsam Klimakochen oder Klimaspaziergänge machen. Social Media: Hashtag **#WirStimmenZusammen**.

Weitere Infos: campact.de



Fridays for Future Hannover: Bündniszusammenschluss

Die diesjährigen Wahlen sind entscheidend für die Bewältigung der Klimakrise: Wer regieren will braucht einen 1,5°C-Plan! Dafür müssen wir Druck machen.

Die Klimakrise betrifft nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Deshalb braucht es Naturschutzverbände ebenso wie Gewerkschaften, Friedensgruppen, Fahrradverbände, antirassistische und feministische Gruppen genauso wie alle Menschen, die noch gar nicht organisiert sind.

Kurz: Es braucht alle Teile der Gesellschaft! Engagiert euch, bringt euch ein und lasst uns bis zu den Bundestagswahlen gemeinsam laut sein für eine klimagerechte Welt. Im September wollen wir zusammen mit euch allen auf die Straßen gehen!

Fragen und Ideen gerne an kontakt@fridaysforfuture-hannover.de.



UNTER EINEM DACH: SpeakUp!Box

Die UNTER EINEM DACH unterstützt mit innovativen Konzepten und einem diversen Team die Newcomer*innen Hannovers darin, sich tragfähige und nachhaltige Perspektiven für die Zukunft aufzubauen.

Die sogenannte "SpeakUp!Box", eine mit einer Videokamera versehene Box, wird gemeinsam mit Themenexperten*innen und Initiativen an öffentlichen Plätzen Hannovers kurze Video-Statements zu gesellschaftsrelevanten Themen von interessierten Bürger*innen sammeln. Zu jedem Themenfeld gibt es einen gesonderten Termin, an dem die Box zur politischen Plattform wird: Pünktlich zum Wahljahr 2021 lädt UED (Kommunal-)Politiker*innen ein, die "SpeakUp!Box" zu betreten und sich vor laufender Kamera den Statements der Bürger*innen zu stellen. Im Zeitraum vom 01.05. bis zum 12.09.2021 wird die "SpeakUp!Box" wöchentlich an wechselnden Locations im Stadtraum zu finden sein. Die thematischen Schwerpunkte, Tourdaten und Standorte werden im Vorfeld auf Social Media bekannt gegeben.

www.instagram.com/speakupbox
www.facebook.com/speakupbox
www.unter-einem-dach.org



SpeakUp! - Tour und Landeskonzferenz 2021

Speak up! Für eine gerechte Welt! Niedersachsen Tour

Vom 8. bis 15. Juni 2021 zeigten die Eine Welt-Promotor*innen in Niedersachsen die vielfältigen Möglichkeiten, wie bereits heute lokale Initiativen Verantwortung übernehmen, um zu einer global gerechten Welt beizutragen. Mit sieben globalen Nachhaltigkeitszielen und einer Videobox machten die Eine Welt-Promotor*innen Halt in sieben niedersächsischen Städten.

Die Videobox wurde jeweils an einem öffentlichen Platz aufgestellt. Engagierte und Passant*innen waren eingeladen darin kurze Videostatements aufzunehmen. Entstanden sind mehr als 100 kurze Filme, die zeigen, welche guten Ideen und Anregungen es im Land gibt. Denn viele Menschen setzen sich bereits für einen Wandel ein und haben Visionen für ein zukunftsfähiges Niedersachsen.

Auf Instagram kann die Tour nachverfolgt werden. Dort, sowie auf der Webseite des VEN werden alle Videostatements veröffentlicht.

www.ven-nds.de/promotour2021

[www.instagram.com/1welt_niedersachsen/
#SpeakUpfor1Welt!](https://www.instagram.com/1welt_niedersachsen/#SpeakUpfor1Welt!)



Vision 2030 – Wirtschaft und Menschenrechte: Entwicklungspolitische Landeskonzferenz am 15. + 16. Juli

Der VEN veranstaltet im Rahmen seines 30-jährigen Jubiläums eine entwicklungspolitische Landeskonzferenz. Unter dem Titel „Vision 2030“ kommen Expert*innen aus der Zivilgesellschaft, der Politik und den Unternehmen zusammen, um gemeinsam über die aktuelle Lage der Menschenrechte in globalen Lieferketten zu sprechen.

Wie nachhaltig ist unser aktuelles Wirtschaftssystem? Wie können wir es gestalten, damit Menschenrechte und die Umwelt geschützt werden? Wie schaffen wir eine bessere und gerechtere Welt?

Gäste aus dem Globalen Süden vermitteln ein Bild der Menschenrechtsverletzungen vor Ort und steigen dabei mit in die Diskussion um das deutsche Lieferkettengesetz ein.

In parallel stattfindenden Workshops erfahren die Teilnehmer*innen, was sie ganz konkret und praktisch tun können, um sich für Menschenrechte in globalen Lieferketten einzusetzen. Gemeinsam soll eine Vision für eine nachhaltige und faire Wirtschaft entwickelt werden.

Die Veranstaltung findet in Hannover und auch online statt. Unter dem Hashtag #vision2030 kann die Konferenz auch über Facebook, Twitter und Instagram verfolgt werden.

ven-nds.de/vision2030

VISION 2030 »ven
Wirtschaft + Menschenrechte

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen ist seit 30 Jahren ein Zusammenschluss von über 140 Eine Welt-Initiativen und das Sprachrohr für Menschen, die sich in Niedersachsen für globale Gerechtigkeit einsetzen. Der VEN bietet eine Plattform zum Austausch und zur Vernetzung, berät seine Mitglieder vor Ort, qualifiziert mit Fortbildungen und Seminaren, koordiniert landesweite Kampagnen und Programme und stärkt damit zivilgesellschaftliches Engagement. Auf landespolitischer Ebene bringt der VEN globale Themen ein, wirbt für mehr Politikkohärenz und Verantwortung.

